Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa
Fernruf 1287
Postfach Nr. 53

Diese Zeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Amtshauptmanns zu Großenhain behördlich bestimmte Blatt und enthält amtliche Bekanntmachungen des Finanzamtes Riesa und des Hauptzollamtes Meißen

Postscheckkonto Dresden 1580
Girokasse: Riesa Nr. 53

№ 138 — Donnerstag, 16. Juni 1938, abends — 91. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, bei Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark, ohne Zustellgebühr, durch Postbezug RM. 2.14 einschl. Postgebühr (ohne Zustellgebühr), bei Abholung in der Geschäftsstelle Wochenkarte (6 aufeinanderfolgende Nr.) 55 Pfg., Einzelnummer 15 Pfg. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 10 Uhr vormittags aufzugeben; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die gesetzte 46 mm breite mm-Zeile oder deren Raum 9 Rpf., die 90 mm breite, 3 gespaltene mm-Zeile im Textteil 25 Rpf. (Grundschrift: Petit 3 mm hoch). Ziffergebühr 27 Rpf., tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Bei fernmündlicher Anzeigen-Bestellung oder fernmündlicher Abänderung eingesandter Anzeigentexte oder Probeabzüge schließt der Verlag die Inanspruchnahme aus Mängeln nicht drucktechnischer Art aus. Preisliste Nr. 4. Bei Konkurs oder Zwangsvergleich wird etwa schon bewilligter Nachlaß hinfällig. Erfüllungsort für Lieferung und Zahlung und Gerichtsstand ist Riesa. Höhere Gewalt, Betriebsstörungen usw. entbinden den Verlag von allen eingegangenen Verpflichtungen. Geschäftsstelle: Riesa, Goethestraße 59.

Ein entschiedener Krieg

Die Bolschewikenhäuptlinge hatten der Welt prahlerisch verkündet, daß sie die Stadt Castellon „bis zum äußersten" verteidigen würden. Heute stehen bereits die nationalen Truppen des Generals Aranda südlich von Castellon an den Ufern des Rio Mijaes. Von dem südlichen Punkt der ersten Durchbruchsstelle im Mittelmeer, von Vinaroz aus, ist der Weg nach Valencia um mehr als die Hälfte zurückgelegt. Die Breite der nationalspanischen Einbruchsfront am Mittelmeer übersteigt schon wesentlich die 100 Kilometer, und die Vorhuten am Mijaes sind nur noch etwa 50 Kilometer von Valencia entfernt.

Man kann allerdings noch nicht sagen, daß eine entscheidende Vernichtungsschlacht im spanischen Bürgerkrieg geschlagen worden wäre. Immer wieder haben es die roten Truppen nach den schwersten Schlägen fertigbekommen, neue Verteidigungsstellungen auszubauen und den Vormarsch der Franco-Truppen aufzuhalten. So war es zunächst nach dem Durchbruch zum Mittelmeer. Seit ungefähr acht Wochen, seit dem Einbruch Varelas nordöstlich von Teruel, haben sich die verschiedenen Heeresgruppen Francos mühsam Zoll für Zoll im schwierigsten Gelände vorwärtskämpfen müssen, um die Front von gefährlichen Einbuchtungen zu befreien und die grade Linie von Teruel nach Castellon, parallel dem Mijaesfluß, herzustellen. Eines aber haben doch gerade die vergangenen Wochen wieder gezeigt, daß Franco dauernd die strategische Initiative behält und daß sein Vormarsch, auch wenn er nicht immer im stürmischen Tempo vor sich gehen kann, unaufhaltsam ist.

Das Interessante an den militärischen Operationen in Spanien ist, daß sie sich von den Gesetzen des Stellungskrieges in hohem Maße befreit haben. Es scheint nicht so, als ob die Frontlinien auf beiden Seiten ohne Unterbrechungen wären. So sind also strategische Züge im Sinne des Bewegungskrieges durchaus möglich, und die jüngsten Erfolge verdankt Franco offenkundig zum großen Teil Flankenmärschen und Umgehungsmanövern. So bedrohte die Eroberung der Stellungen bei Abzaneta die rote Alcala-Front im Rücken, und die Bolschewiken mußten hier mit größter Beschleunigung abbauen. Eine Prognose über das Tempo des weiteren Vormarsches läßt sich nicht stellen. Die an der Küste und vor der Teruelfront zurückgefluteten roten Truppen sind nach allen vorliegenden Berichten so schwer mitgenommen und moralisch erschüttert, daß man kaum an eine längere wirksame Behauptung der Mijaes-Front glauben kann. Die Spekulationen der Bolschewiken, daß man die nationalen Truppen in einem schmalen Mittelmeerkorridor abschnüren könnte, sind jetzt vollkommen zerflattert. Die letzte Hoffnung, daß das Kriegsglück sich doch noch zugunsten von Barcelona und Valencia wenden könnte, muß endgültig aufgegeben werden. Die Bolschewikenhäuptlinge können sich nur noch mit dem Mut der Verzweiflung an die Möglichkeit klammern, durch Zwischenfälle, die sie selbst provozieren, oder durch Konflikte, die die Sowjets an anderen Stellen des Kontinents schüren, einen europäischen Brand zu entfesseln. Aber auch diese Spekulation hat keinen Grund mehr, auf dem sie sich halten könnte.

Das beweist die Stellungnahme, die der englische Ministerpräsident Chamberlain im Unterhause gegenüber den Kriegstreibern eingenommen hat. Herr Anthony Eden, der einige Tage vorher ziemlich deutlich Kritik an dem realpolitischen Kurs Chamberlains geübt hatte, wurde, wenn auch sein Name nicht fiel, ganz unzweideutig abgeschüttelt. Chamberlain ist sich darüber klar, daß die Schritte, zu denen ihn seine Opposition und die französische Volksfront treiben möchte, zu offenen kriegerischen Maßnahmen gegen Nationalspanien führen müßten und daß dann selbstverständlich auch die englisch-italienische Verständigung, die sich Chamberlain so viel Schweiß hat kosten lassen, vollkommen in sich zusammenbrechen und ins Gegenteil umschlagen würde. Die amtliche englische Politik rechnet jetzt mit dem Endsieg Francos. Man kann es den Italienern nicht verdenken, wenn sie sich darüber wundern, daß London so langsam und so stückweise die Folgerungen aus dieser Erkenntnis zieht. Man sollte doch alles daran setzen, um dem Sieger den Sieg zu erleichtern. Es würde schon einen wesentlichen Beitrag nach dieser Richtung darstellen, wenn endlich den beiden Parteien des Bürgerkrieges die Kriegführungsrechte zugestanden würden. Wenn die englische Außenpolitik nicht so zögernd und langsam wäre, könnte ein bereits entschiedener Krieg wesentlich abgekürzt werden.

Unfälle mit Reiseomnibussen

Der Führer greift ein

Vollmacht an Korpsführer Hühnlein

)(Berlin. Der Führer hat an den Korpsführer des NSKK. Hühnlein folgendes Schreiben gerichtet:

Die wiederholten Unfälle mit Ausflugsomnibussen erfordern schnelle Maßnahmen. Ich beauftrage Sie, Korpsführer Hühnlein, unverzüglich durch sachverständige NSKK.-Führer sämtliche im Gelegenheitsverkehr mit Omnibussen eingesetzten Kraftfahrer auf ihre persönliche und fachliche Eignung nachprüfen zu lassen. Ihre Vorschläge über weitere Sicherheitsmaßnahmen bitte ich, den zuständigen Reichsministern zu übermitteln. gez. Adolf Hitler.

Grundsätze der deutschen Außenhandelspolitik

Das Problem der internationalen Verschuldung

Eine Rede von Reichsminister Funk in Bremen

)(Bremen. Anläßlich des 400jährigen Bestehens des „Schütting", des historischen Hauses der Bremer Kaufmannschaft, fand heute eine Festsitzung im Hause Schütting statt, auf der nach einer Begrüßungsansprache des Leiters der Wirtschaftskammer und Präsident der Industrie- und Handelskammer Bremen, Karl Bollmeyer, Reichswirtschaftsminister Walter Funk eine Rede über die Grundsätze der deutschen Außenhandelspolitik und das Problem der internationalen Verschuldung hielt. In diesem Zusammenhang ging Reichsminister Funk auf die Ursachen der gegenwärtigen Weltwirtschaftskrise ein und stellte den Krisenerscheinungen in der Weltwirtschaft die gesunde und stabile Lage der deutschen Wirtschaft gegenüber. Im Anschluß an eine Erörterung der unheilvollen Wirkung politischer Schulden behandelte der Reichswirtschaftsminister die Frage der Rechtsnachfolge der österreichischen Staatsschulden, die er einer eingehenden Untersuchung nach der völkerrechtlichen, der wirtschaftspolitischen und der moralischen Seite hin unterzog. Im einzelnen führte Reichswirtschaftsminister Funk hierzu unter anderem folgendes aus: Die internationalen Erörterungen über die weltwirtschaftlichen Vorgänge und konjunkturellen Entwicklungen zeigen in der letzten Zeit im allgemeinen die gleiche Tendenz, nämlich die Furcht vor einer neuen schweren Krise der Weltwirtschaft. Hierbei treten bemerkenswerterweise zwei Wirtschaftsgebiete als ausgesprochene Gegenpole in Erscheinung, nämlich auf der einen Seite die Vereinigten Staaten von Amerika, die geradezu als das Störungszentrum bezeichnet werden, und auf der anderen Seite Deutschland, dessen Wirtschaft dem neuen Konjunktureinbruch bisher einen ungebrochenen Widerstand entgegengesetzt hat. Inmitten eines allgemeinen Konjunkturrückganges setzte sich der Aufschwung der deutschen Wirtschaft unvermindert fort. Diese konträre Entwicklung der beiden Konjunkturextreme wird am deutlichsten durch die Rohstahlerzeugung bewiesen. Die deutsche Stahlproduktion beginnt die amerikanische Rohproduktion zu überflügeln. In den ersten 5 Monaten des Jahres 1938 betrug die Rohstahlerzeugung in USA. 9,18 Million. Tonnen, in Deutschland 9,20 Millionen Tonnen. Dabei betrug die deutsche Rohstahlerzeugung noch vor einem Jahre kaum ein Drittel der amerikanischen!

Wenn es noch einer besonders authentischen Bestätigung für die allgemeine Krisenpsychose bedurft hätte, so ist dies durch die Vertagung der englisch-amerikanischen Handelsvertragsverhandlungen erfolgt. Nicht die Hitzewelle oder die Wahlvorbereitungen, wie es Anfang hieß, sind die Ursache für diese Vertagung, sondern die krisenhafte Zuspitzung in der Weltwirtschaft. Da man heute draußen offenbar die Krise noch als ein unentrinnbares Schicksal betrachtet, beziehen die einzelnen Handelspartner ihre Schutzzollbastionen, um der mit der Krise ausgelösten verschärften ausländischen Konkurrenz standhalten zu können.

Was bedeutet nun eigentlich dieser sogenannte „Weltmarkt", dessen drohende Krise die Gemüter der am internationalen Handel besonders stark beteiligten Völker zur Zeit so sehr in Erregung versetzt? Er bedeutet viel weniger, als man gemeinhin glaubt! Die gesamten Welthandelsumsätze betrugen 1929, also zur Zeit des höchsten bisher erreichten Standes 284 Milliarden RM. Sie gingen wertmäßig bis auf 105 Milliarden im Jahre 1936 zurück und stiegen 1937 auf 130 Milliarden RM. Demgegenüber betrug der gesamte Wirtschaftsumsatz in Deutschland allein im Jahre 1937 nicht weniger als 210 Milliarden RM. Die Exportquote betrug im Jahre 1937 bei Deutschland 8,7 % des Volkseinkommens, bei den Vereinigten Staaten von Amerika nur 5,4 %, bei England 10 % und bei Frankreich 11,4 %. Die Entwicklung der letzten 10 Jahre zeigt deutlich, daß die einzelnen Volkswirtschaften bemüht sind, sich von den Einflüssen des Weltmarktes mehr und mehr unabhängig zu machen.

Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang die Tatsache, daß die Vereinigten Staaten von Amerika, obwohl sie über einen in besonders hohem Maße sich selbst genügenden Innenmarkt verfügen und der prozentuale Anteil des Außenhandels dort nur sehr gering ist, den Weltmarkt durch ihr potentielles Gewicht so stark beeinflussen. Die amerikanische Krise ist in der Wirtschaft begründet. Aber die Tatsache, daß die Vereinigten Staaten trotz der größten Goldvorräte einen Ausfuhrüberschuß aufweisen und durch ihre Handelspolitik die Weltmärkte dauernd zu beunruhigen vermögen, beleuchtet die ganze Problematik des gegenwärtigen Welthandels in besonders krasser Weise. Das nationalsozialistische Deutschland hat durch seine handelspolitischen Methoden und die Regelung seines Zahlungsverkehrs mit dem Auslande, an dessen Verbesserung wir zur Zeit arbeiten, sich von diesem Circulus vitiosus der internationalen Konjunkturzyklen und den Einflüssen ausländischer Wirtschaftsmächte und -kräfte soweit als möglich befreit. Dem Ziel der Wirtschaftsfreiheit dient in erster Linie der Vierjahresplan. Aber diese deutsche Wirtschaftspolitik dient ebenso auch der Gesundung der weltwirtschaftlichen Beziehungen; denn starke und gesunde Nationalwirtschaften sind eine bessere und stabilere Grundlage für die Weltwirtschaft, als kranke, schwache und international abhängige Wirtschaften, von denen dauernd Beunruhigungen und Störungen des Weltmarktes ausgehen müssen.

Die stärkste Verwirrung des Weltmarktes hat die politische Verschuldung verursacht, die in Verfolgung der Finanzierung des Weltkrieges und der durch das Versailler Diktat ausgelösten Reparationszahlungen eingetreten ist. Das Mahnschreiben der amerikanischen Regierung an 13 europäische Nationen wegen der am 15. Juni fällig gewesenen Kriegsschuldenrate in Höhe von 1,9 Milliarden Dollar hat wieder einmal die Aufmerksamkeit auf die beispiellose Vergewaltigung der Vernunft und der wirtschaftlichen Ordnung der Welt gelenkt, von der die gequälte Menschheit erst dann befreit sein wird, wenn der letzte Schlußstrich unter diesen aus politischer Unvernunft erzeugten wirtschaftlichen Wahnsinn gezogen sein wird.

Durch die politischen Schulden in Gestalt der Reparationen ist Deutschland an den Rand des Verderbens und um Freiheit und Ehre gebracht worden.

Die Stellung Deutschlands zu seinen Schulden

Eine politische Schuld wird auch dadurch keinesfalls kommerzielle Schuld, daß auf der Gläubigerseite an die Stelle von Staaten private Vermögensbesitzer treten. Diese Charakterisierung der Dawes- und Younganleihe ist von nationalsozialistischer Seite stets auf das schärfste bekämpft worden. Ich muß wiederholt den Ausdruck bringen, daß das Prestige des nationalsozialistischen Deutschland den heutigen Zustand der deutschen Staatsanleihen im Auslande nicht verträgt und daß zunächst einmal ein Arrangement erreicht werden muß, bei dem die durch nichts mehr gerechtfertigten Zinssätze von 7 und 5½ vH. auf einen normalen Stand gesenkt werden. Die Wiederherstellung des deutschen Kreditansehens verlangt die völlige Beseitigung dieses Schandfleckes, der aus der überwundenen Epoche der deutschen Erniedrigung übrig geblieben ist. Jede kommerzielle Schuld wird von uns ehrlich erfüllt werden, aber das System der politischen Schulden lehnen wir grundsätzlich als wirtschaftsfeindlich und als mit den für uns unverrückbaren Grundbegriffen einer nationalsozialistischen Staats- und Wirtschaftsführung unvereinbar ab.

Politische Schulden sind, wie die Finanzgeschichte aller Zeiten lehrt, fast immer notleidend geworden. Wer mit Krediten Politik macht, muß damit rechnen, daß die politischen Gegenkräfte diese Anleihen von vornherein mit einem unberechenbaren Risiko belasten. Politische Anleihen tragen stets das Merkmal des Odiösen in sich. Sie dienen nicht einem wirtschaftlichen Zweck, sondern der Erreichung einer politischen Machtstellung. Sie sind daher fast immer wirtschaftsfeindlich, zumal sie neben der politischen auch eine wirtschaftliche Abhängigkeit bedingen.

Nun ist sozusagen ein Schulbeispiel solcher politischen Anleihegewährung durch die Wiedervereinigung Oesterreichs mit dem Reich aktuell geworden. Die ausländische Presse erhebt zum Teil ein großes Geschrei, weil Deutschland die Rechtsnachfolge in die österreichischen Staatsschulden grundsätzlich nicht anerkennen will. Wie ist in Wahrheit der Sachverhalt?

Eine Tagung der Garantiestaaten, die Mitte Mai in Rom stattgefunden hat, hat sich auf den Standpunkt gestellt, daß Deutschland Rechtsnachfolger der drei österreichischen Bundesanleihen geworden sei und eine entsprechende Aufforderung an die Reichsregierung gerichtet, diese Rechtsnachfolge in besonderer Form anzuerkennen. Eine Rechtsverpflichtung des Deutschen Reiches liegt jedenfalls nicht vor. In einer Reihe ähnlicher völkerrechtlicher Vorgänge ist eine solche Haftung abgelehnt worden. England hat z. B. nach dem Burenkriege die Schulden der Burenrepubliken nicht als englische Staatsschulden anerkannt, was seinerzeit durch ein Rechtsgutachten einer hierfür eingesetzten Kommission des Unterhauses und durch ein Urteil des höchsten englischen Gerichtshofes bekräftigt wurde. Ebensowenig haben die Vereinigten Staaten von Amerika nach dem Bürgerkriege die Anleihen der Südstaaten als für das neue amerikanische Staatswesen verbindlich anerkannt. Aus der französischen Staatspraxis ist an die Uebernahme von Madagaskar zu erinnern, bei der die Staatsschulden Madagaskars ebenfalls nicht als französische Staatsschuld behandelt worden sind.

Nach einer völkerrechtlichen Praxis kann daher eine Uebernahme der österreichischen Bundesschulden durch das Deutsche Reich nicht verlangt werden.

Hiervon zu unterscheiden ist die Frage, ob das heutige Land Oesterreich als Bestandteil des Deutschen Reiches als Rechtsnachfolger des österreichischen Staatswesens von St. Germain anzusehen ist.

Das Ergebnis der ausländischen Finanzhilfe in Oesterreich

Das bisherige Staatswesen Oesterreichs ist nicht auf das Reich übergegangen, sondern als solches beseitigt worden, und zwar durch den sich in absolut friedlichen und gesetzlichen Formen durchsetzenden Volkswillen. Der Zwangsstaat von St. Germain hat unter schärfster Mißachtung des Volkswillens schließlich nur in Form eines despotischen Regimes aufrecht erhalten werden können. Dieses Regime stützte sich ausschließlich auf ausländische Hilfe, die ihm auch finanziell unter rein politischen Gesichtspunkten gewährt wurde. Die Ueberwindung dieses Regimes durch den eindeutig bekundeten Willen des öster-